

lichtst niedriges Niveau gedrückt werden. Außerdem wird der westliche Kaufmann die geltenden Sicherheitsbestimmungen beachten müssen, die aus der Sphäre der Politik kommend, es wenig ratsam erscheinen lassen, das militärische Potential des Ostblocks durch Lieferung von strategisch bedeutsamen Gütern zu stärken. Es gibt aber noch genug Warengruppen, die nicht unter den Begriff „strategische Güter“ fallen, wie man an der Entwicklung des Außenhandels zwischen Großbritannien und der UdSSR sehen kann.

Das Organ des Moskauer Außenhandelsministeriums „Wneschnaja Torgowlja“ wies nun kürzlich darauf hin, daß heute innerhalb des gegenüber der Vorkriegszeit um rund das Dreifache gesteigerten Außenhandels der Sowjetunion der Handel mit den volksdemokratischen Ländern und China nahezu 80 % in Anspruch nimmt. Diese Feststellung kennzeichnet eine für den Westen sehr bedeutsame Tendenz. Für den Kaufmann des Westens kommt für den Handel mit der Sowjetunion nur noch die Marge von 20 % des gesamten sowjetischen Außenhandels in Frage. Der weitaus größere Teil des sowjetischen zwischenstaatlichen Güteraustauschs vollzieht sich innerhalb der planwirtschaftlich immer enger verbundenen Ostblockstaaten. Von sowjetischer Seite wird sogar behauptet, daß dieser Osthandel jeglichen Bedarf zu decken in der Lage sei. Dieser Behauptung widerspricht die eigene Moskauer Propaganda, die auf eine Belebung des Ost-Westhandels zielt. Man kann aus ihr folgern, daß in einem begrenzten Rahmen die Sowjetunion durchaus an einem Handel mit dem Westen interessiert ist. Sonst würde die UdSSR nicht mit einer solchen Hartnäckigkeit gegen die von den USA ausgehenden Bestrebungen ankämpfen, den Güteraustausch zwischen dem Westen und dem Osten zu beschränken.

Aber eine starke Ausweitung des sowjetischen Außenhandels mit der westlichen Welt ist keinesfalls zu erwarten. Es liegen allzuvielen Anzeichen dafür vor, daß die UdSSR den Westhandel nur als Lückenbüsser betrachtet. Die Möglichkeiten dieses Außenhandels werden bei der bewußten Tendenz der sowjetischen Wirtschaftspolitik zur größtmöglichen wirtschaftlichen Selbständigkeit nur insofern ausgenutzt, als die inländische Produktion, einschließlich des Ostblocks, nicht ausreicht. Dafür sind auch planwirtschaftliche Beweggründe bestimmend. Die UdSSR weiß heute genau über die Schwierigkeiten der planwirtschaftlichen Lenkung eines Raumes von den Dimensionen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten Bescheid. Ein stärkerer Außenhandel mit dem Westen würde die Sowjetunion bis zu einem gewissen Umfang vom Weltmarkt abhängig machen. Die hochgradige Labilität des Weltmarkts würde ein starkes Moment der Unsicherheit in die sowjetische Planwirtschaft bringen. Das will der Kreml unter allen Umständen vermeiden. („Mitteilungen der Bundesauskunftsstelle für den Außenhandel“ Nr. 3 vom 16. 1. 1953.)

Umschau

Zwei päpstliche Verlautbarungen an die Völker Osteuropas

Im vergangenen Jahre 1952 sprach Papst Pius XII. zweimal zu den Völkern Osteuropas: einmal in einem Brief vom 7. Juli „zu den Völkern Rußlands“, das

zweite Mal am 14. November zu den katholischen Ukrainern.

Durch seinen Brief „an die Völker Rußlands“, worunter wohl alle hinter dem Eisernen Vorhang wohnenden und in der „Union der sozialistischen Sowjetrepubliken“ zusammengefaßten Völ-

kern zu verstehen sind, hat er diesen einen großen Dienst erwiesen. An sie, nicht an die vielen meist schwer mit dem Dasein ringenden freiwilligen oder nur gezwungenen Emigranten war der Brief gerichtet.

Diese armen in ihrem Glauben gefährdeten Menschen erfuhren so, daß der Papst, der sicher nicht eines Sinnes ist mit der atheistischen Sowjetregierung, die ihnen das Leben nach ihrem Gewissen so schwer macht, sie nicht vergißt. Und daß die Moskauer Regierung spürt, welchen Eindruck das auf die gläubigen Christen in ihren Ländern machen muß, beweist die Tatsache, daß sie bis heute den Brief totgeschwiegen hat. Daraus folgt aber nicht, daß die Gläubigen auch wirklich nichts davon gehört haben. Der Brief hat auch die Christen außerhalb der „russischen“ Gebiete nachdrücklich auf ihre Pflicht aufmerksam gemacht, für ihre verfolgten und schwer leidenden Mitbrüder zu beten. Sicherlich sagen sich viele Tausende in jenen Ländern täglich: „Man betet wenigstens für uns, da man uns nicht anders helfen kann.“ Nun wissen wenigstens die lateinischen Christen, wann sie täglich für alle verfolgten Christen im Osten beten, nämlich bei den gemeinsamen Gebeten nach jeder stillen heiligen Messe.

Der Brief hat auch im Bereich des öffentlichen Lebens den Christen hinter dem Eisernen Vorhang genützt. Viele Menschen in den sog. „freien“ Ländern fingen schon an, ähnlich wie sie das einst unter Hitler mit den Deutschen getan hatten, jeden, der im Osten unter der Moskauer Herrschaft lebt, als einen schlechten Menschen und einen Verbrecher anzusehen. Dem hat der Papst — soweit es in seiner Gewalt steht — ein Ende gemacht. Aus seinen Briefen geht klar hervor, daß er der Überzeugung ist, daß dort viele, sehr viele gute Menschen leben.

Viele Emigranten jedoch waren mit diesem Brief sehr unzufrieden. Sie

suchten darin vor allem nach politischen Äußerungen und Wertungen. Man kann das verstehen, da sie ja Tag für Tag in einem unabsehbaren Kampf um ihre Heimat stehen. Aber der Papst wollte keine politische Entscheidung treffen. Er schrieb in einem Stil, der nun einmal den meisten Menschen außerhalb der Grenzen „Sowjetrußlands“ — wie man ja auch im Deutschen sagt — geläufig ist. Wenn er auch nicht die einzelnen Völker dieses „Rußlands“ — so heißt es auch im italienischen Sprachgebrauch — aufzählt, so hat er sie deshalb noch lange nicht vergessen. Er hat ja bis heute einen litauischen Gesandten an seinem Hof. Er hätte sicher nichts dagegen, daß auch der lettische Gesandte dort weilte, wenn er nur in Rom wäre. Einige Jahre lang amtierte in Rom als ukrainischer Gesandter ein Graf Tyszkiewicz. Der Heilige Stuhl hat als erster im Jahre 1917 Finnland als selbständigen Staat anerkannt. Niemals hat er Schwierigkeit gemacht, Völkern die Freiheit zuzugestehen, auf die sie ein Recht haben. Darum irren sich — so will mir scheinen — manche Ukrainer, wenn sie meinen, dadurch, daß der Papst die Ukraine nicht ausdrücklich neben „Rußland“ oder „Moskowien“, wie viele aus ihnen lieber sagen würden — genannt habe, habe er ihr das Lebensrecht abgesprochen.

Man kann nur froh sein, daß er so klar die ursprüngliche Verbundenheit der ostslawischen Kirche mit dem Heiligen Stuhl unterstrich, auch wenn das manche bis heute von Rom getrennten Christen nicht gerne hören. Was wahr ist — und der Papst schöpft hier seine Worte aus ostslawischen Quellen — bleibt wahr. Es will mir auch nicht scheinen, daß der Papst mit seinem Brief eine wissenschaftliche Ansicht gegen eine andere gleichsam kanonisieren wollte. Wenn also ukrainische Gelehrte den heiligen Wladimir und die Kiewer Rurikidenfürsten lieber als „ukrainische“ Fürsten bezeichnen wollen, so wird er gegen eine wissenschaftliche Auseinandersetzung über diese

Frage unter den zuständigen Fachgelehrten gewiß nichts einzuwenden haben.

Man kann dem Papst sicher den besten Willen nicht abstreiten, und er wird nur betrübt gewesen sein über die Unruhe, die sein Brief bei vielen — für ihn ganz unerwartet — hervorgerufen hat.

War dieser Brief an die Christen aller Völker gerichtet, die im Augenblick unter der Sowjetherrschaft leben, so richtete sich die Ansprache vom 14. November an die Leiter und Alumnus des Kollegs St. Josaphat auf dem Gianicolo in Rom, das vor 20 Jahren gegründet worden war. Ihnen hatte sich Mons. Bucko, der apostolische Administrator für die Ukrainer in Westeuropa, die Ordensleitung der Basilianer, denen das Kolleg anvertraut ist, und etliche ukrainische Schwestern aus Galizien angeschlossen. Die Ansprache war aber, wie aus dem Text zu ersehen ist, darüber hinaus auch an die Ukrainer sowohl in der Emigration wie in der alten Heimat gerichtet.

Mit den größten Lobesworten spricht der Papst von dem aus Wladimir in Wolhynien — also aus einem heutzutage zur Ukraine gehörigen Land — stammenden heiligen Josaphat Kunciewicz, dem Titularheiligen des Kollegs, der sein Leben für den heiligen Glauben und für seine Treue zum Heiligen Stuhl hingab (1623). Er erwähnt voller Achtung so viele Bischöfe und Gläubige, die heutzutage Bitterschweres für ihren Glauben und für ihre Treue zum Heiligen Stuhl durchmachen. Mit ehrenvollen Worten gedenkt er des großen ukrainischen Metropoliten Andreas Szeptyckyj und seiner Tätigkeit für Kirche und Vaterland. Und ein ganz besonderes Wort hat er für Mons. Johannes Bucko, den apostolischen Administrator. In dem Elend, das über die katholische ukrainische Kirche und ihre Hierarchie gekommen ist, „tröstet Uns allein — so sagt er — deine Gegenwart, ehrwürdiger Bruder Johannes Bucko, in dem Wir das ganze Uns treu erge-

bene ukrainische Volk vor Uns zu sehen vermeinen“. Der Papst will die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nicht aufgeben, vor allem, weil er auf die Hilfe der Gottesmutter vertraut, zu der die Ukrainer allezeit eine so große Andacht gehabt haben.

Wenn nun unsere äußerlich von uns getrennten Glaubensbrüder sagen sollten, der Papst habe sie übergangen, so ist das nur zum Teil richtig. Viele aus ihnen gehören auch zu jenen, die für die Kirche Christi und für den, welchen sie doch nun einmal als deren obersten Hirten ansehen, das Leben oder wenigstens Hab und Gut hingegeben haben. An diese ist die Ansprache ganz offenbar auch gerichtet. Aber auch jene, auf die das nicht zutreffen sollte, verehren doch mit ihren Glaubensbrüdern die Gottesmutter und darum erhofft der Heilige Vater auch für sie die Hilfe des Himmels zur Erlangung einer besseren Zukunft.

A. M. Ammann S.J.

„ . . . die guten Willens sind.“

Die Weihnachtsansprache des deutschen Bundeskanzlers wurde am 28. Dezember 1952 vom Sozialdemokratischen Pressedienst als „Adenauers unfriedliche Weihnachtsbotschaft“ bezeichnet und außerordentlich scharf angegriffen: „Wenn je der christliche Glaube für einseitige politische Zwecke mißbraucht worden ist, dann ist es hier in grösster Weise geschehen. Der gläubige Christ wendet sich voll Abscheu von solchem pseudo-christlichen Gehaben, das blasphemisch, engstirnig und jeder menschlichen und politischen Größe bar ist, ab.“ Der Kanzler hatte in seiner Weihnachtsbotschaft den Gesang der Engel über den Fluren Bethlehems in dem Wortlaut zitiert, der durch die Übersetzung der lateinischen Bibel, der Vulgata, und durch die Liturgie dem katholischen Volksteil, also vielen Millionen Deutschen, geläufig ist. „Friede den Menschen auf Erden, die guten Willens sind!“ Diese Worte, die nach